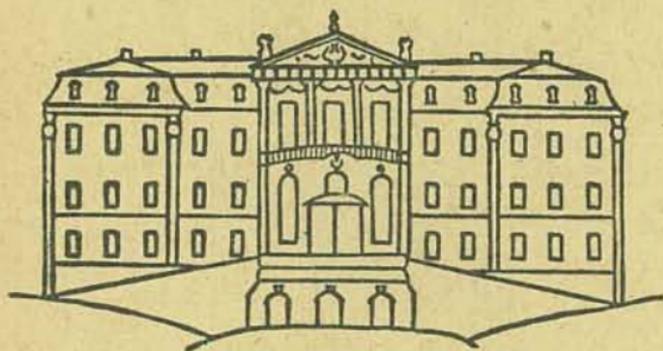


Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Orientierungspunkte unseres
13. Parteitages



191

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Orientierungspunkte unseres
13. Parteitages

1973

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Text der Vorlesung, die der stellvertretende Parteivorsitzende am 14. Mai 1973 auf dem Seminar für hauptamtliche Mitarbeiter der Bezirkssekretariate und Kreissekretäre der CDU an der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Burgscheidungen hielt

I.

In unserer Parteitagsentschließung heißt es: „Der 13. Parteitag bezeugt und bekräftigt den Willen und Auftrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, aus christlicher Verantwortung an der weiteren Gestaltung des Sozialismus in unserer Republik, an der Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft und an der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa mitzuarbeiten. Damit entsprechen wir der uns aufgetragenen Verpflichtung, für den Frieden und den Nächsten zu wirken.“

Das Bestreben, diesen Auftrag zur Tat werden zu lassen, muß jeden Schritt unserer Parteiarbeit lenken. So bestimmen wir zugleich die Rolle und die Wirksamkeit der CDU in der Gemeinschaft der gesellschaftlichen Kräfte der DDR.

Das bedeutet, daß jeder Funktionär unserer Partei sich ständig der Aussagen unseres 13. Parteitages bewußt sein und daß er es als seine vorrangige Aufgabe betrachten sollte, diese Aussagen jedem Mitglied bewußt zu machen, so daß daraus dann der jeweils notwendige Grad von Effektivität unserer Arbeit entstehen kann.

Wir werden dabei nicht fehlgehen, wenn wir einigen markanten Orientierungspunkten folgen, die der 13. Parteitag geprägt hat. Sie sind voneinander nicht unabhängig, sondern bilden vielmehr gleichsam ein Koordinatensystem, sind dialektisch aufeinander bezogen und wirken aufeinander ein. Sie bilden drei Gruppen.

Die erste Gruppe nennt die unverrückbaren Ausgangspunkte für unser Handeln:

- Treue zum Sozialismus;
- kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse;
- Freundschaft zur Sowjetunion.

Die zweite Gruppe gibt Auskunft über das Richtmaß unseres Handelns:

- die Ansprüche, die christlicher Glaube und christliche Ethik an unser gesellschaftliches Wirken stellen;
- die Erfahrungen aus der Geschichte;
- die Einsicht in die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung.

Mit der dritten Gruppe hat der Parteitag zusammengefaßt und weitergeführt, was Ausgangspunkte und Richtmaß unseres Handelns in der heutigen Situation vornehmlich von uns fordern:

- Engagement als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens;
- schöpferische Anwendung der Erkenntnisse aus fortschrittlichen christlichen Traditionslinien;
- Taten zur Förderung des sozialistischen Integrationsprozesses und Beteiligung am antiimperialistischen Kampf.

Der auf dem 13. Parteitag geprägte Begriff des sozialistischen Staatsbürgers christlichen Glaubens nimmt in diesem Koordinatensystem einen bestimmenden Platz ein. Christliche Bürger in unserem sozialistischen Staat zur Mitarbeit an der Gestaltung seiner Ordnung des Friedens und der Mitmenschlichkeit zu gewinnen, also sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens zu entwickeln und zu fördern — das ist ja die Spezifik unserer Parteilarbeit.

Sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens — das sagt erstens, daß uns die sozialistische Staatsbürgerschaft mit allen anderen Bürgern unseres Staates fest verbindet, und zweitens, daß der christliche Glaube zu den entscheidenden Motiven unseres Engagements für unsere sozialistische Gesellschaft zählt.

Darin wissen wir uns von unseren marxistischen Freunden verstanden und bestätigt. Auf unserem Parteitag sagte Professor Albert Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED: „Ihr Wille und Ihre Haltung werden daran sichtbar, daß Sie — ohne Bekenner der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu sein — den Sozialismus bejahen, daß Sie von den Aussagen Ihres Glaubens und Ihrer Ethik aus einen schöpferischen Beitrag zur Festigung der sozialistischen Ordnung, insbesondere auch in der Menschenbildung, leisten. Wir achten Ihre Entscheidung, und wir respektieren die Motive, mit denen Sie Ihre Aktivität für die sozialistische Gesellschaft immer von neuem verstärken.“

Seit unserem Parteitag wird der Begriff des sozialistischen Staatsbürgers christlichen Glaubens lebhaft diskutiert. Aus der Fülle der Meinungen seien zwei besonders typische heraus-

gegriffen. Sie kommen von entgegengesetzten Seiten her und rühren an Grundsatzfragen.

Da wird uns beispielsweise empfohlen, doch lieber vom „christlichen Bürger im sozialistischen Staat“ zu sprechen. Doch eine solche Formel sagt noch nichts über das Engagement des Christen aus. Christliche Bürger „in“ irgendeiner gesellschaftlichen Ordnung gibt es, seit es Christen gibt. Das ist eine Orts-, aber keine Standortbestimmung und somit auch nicht das Kriterium ihres gesellschaftlichen Wirkens. Wie sie sich in dieser Ordnung verhalten haben; ob sie für oder gegen Aggressionskriege und Ausbeutung, für oder gegen soziale Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit, für oder gegen Freiheit und Menschenwürde eingetreten sind; wie sie sich also klassenmäßig verhalten haben — darum geht es, damals wie heute. Das bestimmt ihren Standort. Als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens, das ist der eindeutige Inhalt dieses Begriffes, stehen wir treu zu unserem sozialistischen Staat, nicht nur schlechthin und passiv in und schon gar nicht neben oder über ihm.

Einige Freunde wenden andererseits ein, dieser Begriff grenze uns ab. Daran ist etwas Wahres.

Der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens steht grundsätzlich in Divergenz zu Christen, die als Angehörige von Ausbeuterklassen in ihrem Handeln in Widerspruch zu ethischen Forderungen christlichen Glaubens kommen.

Der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens unterscheidet sich von den progressiven Christen in den kapitalistischen Ländern, mit deren antiimperialistischem Kampf er sich solidarisiert.

Der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens hebt sich von den Christen ab, die noch nicht mit vollem Engagement im Sozialismus und für ihn wirken.

Gerade infolge dieser Unterschiede aber sagt der Begriff „sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens“ nicht, daß wir „etwas Besonderes“ sein wollten. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß er uns in die sozialistische Gesellschaft integriert, unseren festen Platz in ihr kennzeichnet und eben, wie schon ausgeführt, unser Handeln-motiviert. Denn dieser Begriff schließt erstens aus, daß Christen ein anderes staatsbürgerliches Bewußtsein hätten oder haben sollten als alle anderen Bürger unseres Staates. Und er schließt zweitens ein, daß Christen im sozialistischen Staat nicht nur legitimiert, son-

dern geradezu gefordert sind, als sozialistische Staatsbürger zu handeln.

Dafür gibt es bekanntlich gute Gründe.

Christen sind gehalten, Friedensstifter zu sein. Der Sozialismus ist eine Ordnung des Friedens. Er ist es gesetzmäßig. Erst dort, wo das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt ist und damit der Antagonismus der Klassen den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen Platz gemacht hat, ist dem Frieden eine dauernde Heimstatt gegeben. Solange das noch nicht auf der ganzen Welt verwirklicht ist, schafft die um die UdSSR gescharte sozialistische Staatengemeinschaft mittels des Prinzips und der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung soviel Frieden wie möglich. Aufgrund der ständig steigenden Kraft des sozialistischen Staatenbündnisses vermag sich dieses Prinzip mehr und mehr durchzusetzen. Damit wird mehr und mehr die Gefahr ausgeschlossen, daß der internationale Klassenkampf auf dem Schlachtfeld des Krieges stattfindet. Mehr und mehr verlagert er sich auf das Feld der friedlichen Arbeit. Eben gegenwärtig erweist sich diese Kraft des Sozialismus ja besonders eindrucksvoll. Weil wir den Sozialismus als Friedenskraft erkannt haben, fühlen und handeln wir als sozialistische Staatsbürger.

Christen sind gehalten, Nächstenliebe zu üben und die Würde des Menschen zu wahren. Der Sozialismus ist eine Ordnung der sozialen Gerechtigkeit. Er ist es wiederum gesetzmäßig. Weil die sozialistischen Produktionsverhältnisse Verhältnisse der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe sind, findet im Sozialismus jeder seinen Platz, kann jeder schöpferisch mitarbeiten, braucht sich niemand als „Randsiedler“ der Gesellschaft zu fühlen. Der Kampf aller gegen alle, charakteristisches Merkmal der Ausbeutergesellschaften, hat im Sozialismus dem Miteinander und Füreinander der Menschen weichen müssen. Jeder ist zur Verantwortung für das Ganze gerufen. In dieser Mitverantwortung und integriert in sozialistische Kollektive vermag er seine Individualität besser als je zuvor zu realisieren, seine Begabungen freizusetzen und sich allseitig zu bilden. Aber auch den Schwachen, den Kranken, den Alten vergißt die sozialistische Gesellschaft nicht. Es gehört zu ihrem Wesen, daß sie für ihn sorgt — materiell ebenso wie im Sinne des Miteinander und Füreinander —, so daß er sich nicht ausgeschlossen zu fühlen braucht.

Weil wir den Sozialismus als Ordnung der sozialen Gerechtigkeit erkannt haben, fühlen und handeln wir als sozialistische Staatsbürger.

Nun wird uns zuweilen entgegengehalten, Christen könnten den Sozialismus nicht vorbehaltlos bejahen, sondern ihm nur in „kritischem Engagement“ gegenüberstehen. Andere gehen sogar noch dahinter zurück und sprechen von „kritischer Distanz“. Dazu wäre erstens zu bemerken, daß Kritik und Selbstkritik im Sozialismus nicht nur möglich sind, sondern eines der Grundprinzipien sozialistischer Demokratie darstellen. Engagement für den Sozialismus hat nichts mit billiger Akklamation zu tun. Es schließt vielmehr ein, aus Verantwortung für die Sache kritisch zu sein gegenüber den Mängeln und Schwächen, die dem sozialistischen Alltag noch anhaften, und um deren Überwindung zu kämpfen. Niemand weiß besser als wir, die wir im Verein mit den anderen demokratischen Kräften unter Führung der Partei der Arbeiterklasse Tag für Tag daran arbeiten, daß unsere sozialistische Ordnung im Sinne der vom Marxismus-Leninismus entdeckten objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft noch effektiver zu gestalten ist. Da aber, wie man aus dem Kontext der Argumente vom „kritischen Engagement“ und von der „kritischen Distanz“ vermuten muß, darunter die Forderung verstanden wird, den Sozialismus selbst in Frage zu stellen, sich mit seinen Grundfesten, mit Fakten also wie etwa der Arbeiter- und Bauernmacht, dem Volkseigentum an Produktionsmitteln, der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, dem Prinzip des demokratischen Zentralismus oder der zentralisierten staatlichen Leitung der Produktionsprozesse, „kritisch“ zu befassen mit dem Ziel, diese Grundfesten zu schwächen oder gar zu beseitigen, finden die Vertreter solcher Theorien in uns ihre entschiedenen Gegner. Ganz gewiß ist vieles an unserem sozialistischen Alltag „verbesserlich“ — wer würde es bestreiten. Aber man verbessert es durch Mitarbeit an der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und nicht durch Versuche, deren Grundlagen in Frage zu stellen. Und außerdem diffamiert das Verlangen nach „kritischem Engagement“ oder „kritischer Distanz“ aus christlichen Kreisen uns christliche Demokraten, die anderen für den Sozialismus engagierten Christen und unsere nichtchristlichen Mitbürger, weil es ihnen unterstellt, ihre Haltung sei unkritisch.

Zweitens stellen wir nochmals ausdrücklich fest, daß unser Eintreten für den Sozialismus nicht um des Namens willen

zustande gekommen ist, sondern weil wir als christliche Demokraten die Erfahrung gemacht haben, daß Christen immer nur dann mit der Gesellschaft in Übereinstimmung leben können, wenn sie friedliebend, gerecht und human ist. Das eben ist im Sozialismus der Fall. Deshalb gibt es für uns keine „kritische Distanz“, sondern nur aktives Mittun. Angesichts des Charakters der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist der Rat, Christen sollten sich von ihr „kritisch distanzieren“, höchst unchristlich.

Zusammengefaßt sei gesagt, daß es uns darum geht, den Entwicklungsprozeß aller unserer Mitglieder und auch parteiloser Christen zu sozialistischen Staatsbürgern christlichen Glaubens nach Kräften zu unterstützen. Dabei ist es uns eine große Befriedigung, zu wissen, daß die große Mehrheit unserer Freunde bereits in diesem Sinne denkt und handelt. Von dieser Basis aus können wir unser Ziel ansteuern, nämlich viele andere Christen aus den mit der Arbeiterklasse verbündeten Schichten dafür zu gewinnen, durch Treue zum Sozialismus nach Maßgabe christlicher Ethik und Moral den Erfahrungen aus der Geschichte Rechnung zu tragen und der Einsicht in die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu folgen.

*

Der 13. Parteitag hat in Aussagen und Konsequenzen erneut verdeutlicht, daß wir uns als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens in unserem Handeln auf fortschrittliche christliche Traditionslinien stützen.

Auch dafür haben wir unsere guten Gründe.

Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, daß die positiven Kräfte, die dem Christentum immanent sind, immer nur dann gesellschaftlich wirksam freigesetzt werden konnten, wenn ihre Träger als Angehörige der jeweils fortschrittlichsten Klasse oder an deren Seite wirkten. „Die Christen“ sind eben niemals eine gesellschaftliche Klasse oder Schicht. Christenheit und Kirchen sind stets in unterschiedliche und in Ausbeutergesellschaften antagonistische Klassen gespalten. Von seinem Glauben her kann der Christ zwar den Anstoß zu gesellschaftlich richtigem, das heißt fortschrittlichem Handeln beziehen; doch das, was im gegebenen Fall zu tun ist, was dem Fortschritt nützt und was nicht, das kann er nur den Lehren aus der Geschichte und der Kenntnis der objektiven gesellschaftlichen

Gesetzmäßigkeiten entnehmen. Von dort erfährt er, wie er sich orientieren muß und auf welche Seite der Front im Klassenkampf er gehört, um sich als Christ in der Gesellschaft zu bewähren.

Das ist übrigens keine neue Erkenntnis. Einer unserer Freunde hat auf dem Parteitag eine Aussage des Theologen Adolf Schlatter zitiert, der gewiß kein Revolutionär war. Aber auch er hat – schon im Jahre 1911 – geschrieben: „Mit allem, was jenseits der Christenheit an Wahrheit, Güte und Gerechtigkeit entsteht, bleibt sie vereint; denn sie erkennt darin Gottes gute Gaben.“ Die Parallele zu dem Wort aus der Enzyklika „Pacem in terris“ des Papstes Johannes XXIII., daß der Christ gerufen sei, dort mitzuwirken „wo etwas Gutes geschieht oder etwas zum Guten gewendet werden kann“, drängt sich dabei auf. All das bestätigt unsere Erkenntnis, daß es für den Christen keine Schranken bei der Zusammenarbeit mit nichtchristlichen Kräften des Fortschritts geben darf.

Um so leichter wird uns das, da wir wissen, daß jene christlichen Persönlichkeiten und Gruppen, die in der Geschichte an der Seite des Fortschritts standen, vom sozialistischen Geschichtsbewußtsein zum unveräußerlichen Erbe gerechnet werden. Martin Luthers Beitrag zur frühbürgerlichen Revolution in Deutschland zählt dazu ebenso wie Thomas Müntzers Kampf um die Befreiung der Bauern; Herder genauso wie die Theologiestudenten auf den Barrikaden von 1848 gegen die Feudalherrschaft; die Christen im antiimperialistischen Kampf allgemein sowie speziell im Widerstand gegen den Faschismus an der Seite von Marxisten; Emil Fuchs ebenso wie Otto Nuschke.

Sie alle haben als Kraft des Fortschritts zu ihrer Zeit dazu beigetragen, daß vorbereitet und geschaffen werden konnte, was uns christlichen Demokraten heute Heimat und Zukunft ist – ein deutscher Staat des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Erbe verpflichtet. Traditionsbewußtsein erfordert Engagement.

Wer, wie wir, aus der Geschichte gelernt hat, daß christliche Ethik und Moral immer dann zum Menschheitsfortschritt beigetragen haben, wenn ihre Träger die Zeichen der Zeit erkannten und ihnen an der Seite der jeweils progressivsten Kräfte folgten, der kommt zu der Konsequenz, es als Christ in unserer Zeit genauso zu halten.

Die fortschrittlichste Kraft ist heute die Arbeiterklasse mit ihrer Partei. Ihre Führungsrolle praktiziert sie im engen Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes. Auf dieser Grundlage entwickelt sich die politisch-moralische Einheit des Volkes. Der VIII. Parteitag der SED hat den Klassencharakter unserer Gesellschaft erneut profiliert und festgestellt, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft gewachsen ist, daß sich ihre Bedeutung erhöht hat.

Auch dafür gibt es heute neue, weitere gewichtige Gründe, etwa die Notwendigkeit, die wissenschaftlich-technische Revolution mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verbinden und damit die Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts den werktätigen Menschen voll nutzbar zu machen; der komplizierte Prozeß der Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft auf allen Gebieten; die sich ständig verschärfende internationale Klassenauseinandersetzung. Es ist also einleuchtend, daß sich dadurch die Verantwortung der Führungskraft weiter erhöht. Dies wiederum erhöht auch die Verantwortung ihrer Bündnispartner.

Wir christlichen Demokraten haben es heute mit Menschen zu tun, deren Wirkungsbereich vielleicht nicht unbedingt quantitativ, aber auf jeden Fall qualitativ größer geworden ist. Der Wissenschaftler beispielsweise, kooperiert er heute nicht oftmals mit seinen Fachkollegen aus der UdSSR und anderen sozialistischen Bruderländern, wo er früher nur für sein Institut arbeitete? Der Ingenieur – hat er nicht heute oft mit Produktionsprozessen zu tun, deren Ergebnisse sich im Zeichen der sozialistischen ökonomischen Integration auf den ganzen RGW-Bereich auswirken können, während sie früher höchstensfalls auf die DDR-Wirtschaft Einfluß hatten? Oder der Lehrer – hat er nicht heute Schüler vor sich, die einen dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend weit anspruchsvolleren Unterrichtsstoff zu bewältigen haben als noch vor Jahren? Der Bauer – verwaltet er heute als Vorsitzender, Leitungsmitglied oder auch als „einfaches“ Mitglied in der LPG nicht oft Millionenwerte, wo es früher um ein paar Hektar oder ein paar Kühe ging? Der Bürgermeister – hat er nicht heute viel kompliziertere Fragen als früher im Territorium zu lösen, etwa im Blick auf die Zusammenarbeit mit den Betrieben oder im Gemeindeverband?

Das alles beeinflußt die politisch-ideologische Arbeit und

verlangt auch von ihr eine höhere Qualität. Sie muß Antworten auf Fragen geben, die vor Jahren noch niemand stellte, weil es die ihnen zugrunde liegenden Probleme noch gar nicht gab.

Auch der Gegner hat seine Methoden gewandelt. Nicht immer ist sein Antikommunismus heute so leicht zu durchschauen wie oft noch vor Jahren. Es gilt, sorgsam zu analysieren, um die oft raffiniert versteckten antikommunistischen Ideen zu erkennen. Und die ganze Lüge bekämpft sich bekanntlich leichter als die halbe Wahrheit.

Alle diese Faktoren wollen bedacht sein, wenn wir einerseits die höhere Qualität der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Auge haben und andererseits den Begriff „erhöhte Verantwortung der Bündnispartner“ mit Inhalt erfüllen wollen, um dieser Verantwortung gerecht werden zu können.

Es geht nicht an, den Christen und das Christentum als jenseits sozialer Bindungen und jenseits von Klassenkämpfen, in einem „ideologiefreien Raum“ angesiedelt zu sehen.

Der Mensch ist ohne Ideologie nicht denkbar. Ideologie meint alle Vorstellungen und Ideen, mit denen er seinen Platz in der Geschichte und Gesellschaft bestimmt, ob bewußt oder unbewußt. Der Platz, der Standpunkt des Menschen in der Gesellschaft, seine Sicht der Dinge, seine Art, sie zu bewältigen, aber sind zunächst abhängig von den Interessen und Zielen der Klasse, der er zugehört. Das gilt auch für den Christen, der, wie wir bereits gesehen haben, in der Gesellschaft eben nicht schlechthin als Christ, sondern als Angehöriger einer sozialen Klasse oder Schicht existiert. Also kommt es darauf an, ob er in seiner Klasse und mit ihr oder ob er außerhalb seiner Klasse und gegen sie die richtigen Konsequenzen aus christlicher Ethik und Moral zu ziehen hat.

Da es aber in unserer sozialistischen DDR keine Ausbeuterklasse und demzufolge auch niemanden mehr gibt, der ihr angehört, braucht sich niemand mehr um seines gesellschaftlichen Engagements für den Fortschritt willen von seiner Klasse zu trennen. Der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens ist demzufolge die Konsequenz aus der Klassensituation, in der sich der Christ im Sozialismus befindet.

Wer hingegen im Sozialismus ideologische Positionen der bürgerlichen, also einer Ausbeutergesellschaft vertritt, setzt sich zu den gesellschaftlichen Interessen – und damit letztlich auch zu seinen eigenen – in Widerspruch. Damit stellt er sich

außerhalb seiner Klasse und hat damit zu rechnen, daß die sozialistische Gesellschaft sich gegen diese seine Haltung energisch wehrt.

Als Partner der Partei der Arbeiterklasse werden wir christlichen Demokraten der Verpflichtung aus dem Erbe fortschrittlicher christlicher Traditionslinien gerecht. In dem Bündnis, zu dem uns die Arbeiterklasse und ihre Partei die Hand gereicht haben, in der Entscheidung für den Sozialismus helfen wir zu bewahren und in sozialistischem Geist weiterzuentwickeln, was fortschrittliche christliche Persönlichkeiten und Gruppen in den verschiedenen geschichtlichen Epochen Jahrhunderte hindurch vorgeformt haben. Wir tun dies wiederum nach Maßgabe der geschichtlichen Erfahrungen und der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze eingedenk der Maximen christlicher Ethik und Moral.

*

Von den gleichen Gesichtspunkten ist auch unser Wille bestimmt, den sozialistischen Integrationsprozeß zu fördern und dadurch zugleich den antiimperialistischen Kampf zu unterstützen. Dies betrachten wir christlichen Demokraten als aktuellen Ausdruck unseres Bekenntnisses zur Freundschaft mit der Sowjetunion. Freundschaft zur Sowjetunion – in Gefühl und Verstand der überwiegenden Zahl unserer Mitglieder und zahlreicher parteiloser Christen ist sie längst fest verankert.

Den Weg zu dieser Freundschaft hat uns maßgeblich Otto Nuschke gewiesen. Er hat dabei niemals unterlassen, zu betonen, daß wir diesen Weg aus christlicher Verantwortung gehen. So sagte er 1950 in jener Rede, in der er den Begriff „Ex oriente pax“ prägte: „Wenn die Christen schon einen Kreuzzug unternehmen, so kann es nur ein Kreuzzug für den Frieden sein.“ Und ein solcher Kreuzzug müsse sie an die Seite des Sozialismus führen, denn „die Länder des Sozialismus sind aber heute der Hort des Friedens, der Verständigung und die Vorkämpfer der Freiheit und Unabhängigkeit für alle Nationen“. Für Otto Nuschke waren Kampf um den Weltfrieden und Stärkung des Sozialismus untrennbar verknüpft.

Wer hier und heute für den Weltfrieden und den Sozialismus wirken will, trage zur Förderung des objektiven Prozesses der sozialistischen Integration bei.

Wir haben dabei die Tatsache im Auge, daß die vereinte und

ständig steigende Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und damit des Friedens bewirkt hat. Dieser Prozeß vollzog sich und wird sich weiterhin vollziehen analog der Abstimmung der Hauptaufgaben, der Wirtschaftspläne, der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der sozialistischen Länder untereinander. Also ist die sozialistische Integration ein entscheidender Faktor im internationalen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus und damit für uns der aktuelle Ausdruck der Freundschaft zur Sowjetunion.

Der Integrationsprozeß wird nicht nur auf den Gebieten weitergehen, auf denen er bereits im Gange ist, also vornehmlich in der Ökonomie, in der Außen- und in der Militärpolitik. Er wird entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus in gegenseitiger kameradschaftlicher Hilfe zum gegenseitigen Vorteil und in voller Achtung der Gleichberechtigung und aller echten nationalen Traditionen und Eigenarten der sozialistischen Völker einmal alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens umfassen. Das ist zwar eine Aufgabe auf lange Sicht, aber sie ist real und nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Die sozialistische Integration ist real. Seit Ende der sechziger Jahre bestehen in den RGW-Ländern allseitige Voraussetzungen dafür, eine neue Etappe, eine Etappe der vertieften Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW einzuleiten. Neue Produktionszweige wurden in diesen Ländern geschaffen, alte umgestaltet und der Anteil derjenigen erhöht, die das Wachstumstempo bestimmen. Die Volkswirtschaftsstrukturen der RGW-Länder kamen einander immer näher. Immer mehr Produktionskapazitäten wurden von vornherein so zugeschnitten, daß sie nicht nur den Bedarf des eigenen Landes, sondern den aller RGW-Länder, ja manchmal sogar aller sozialistischen Staaten an dem betreffenden Produkt decken können. Im Komplexprogramm des RGW finden sich die Schlußfolgerungen aus der so entstandenen neuen Qualität der Zusammenarbeit.

Die sozialistische Integration ist möglich. Das wird durch die bereits erreichten Erfolge ebenso bewiesen wie durch ihre Grundlagen. Allen sozialistischen Staaten sind die gleichen Produktionsverhältnisse eigen. Allen werden von der wissenschaftlich-technischen Revolution die gleichen Anforder-

rungen gestellt. Alle haben sie die Aufgabe, den Sozialismus weiterzuentwickeln und gemeinsam den antiimperialistischen Kampf zu führen.

Die sozialistische Integration ist notwendig. Denn welche andere Kraft auf der Welt wäre imstande, diese Welt vorwärts zu bewegen, hin zu einer guten Zukunft im Sinne der Menschen und als ihr Werk? Dazu aber muß der Integrationsprozeß so geführt werden, daß er auf der Basis höchster Arbeitsproduktivität und gemeinsamer Anstrengungen in Wissenschaft und Produktion die nötigen Energiemengen und Rohstoffe sichert, alle Ressourcen rationell nutzt und damit das materielle und kulturelle Lebensniveau der Menschen in den sozialistischen Ländern ständig erhöht. Das ist gleichzeitig auch die Voraussetzung des sicheren Sieges über den Kapitalismus im ökonomischen Wettbewerb.

Also heißt es für uns, die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Sozialistische Integration praktizieren – das bedeutet, jede Initiative zu ergreifen, die die sozialistische Staatengemeinschaft stärkt. Stets gilt es zu prüfen: Was dient im gegebenen Fall und zur gegebenen Zeit der Förderung der sozialistischen Staatengemeinschaft? Das gilt es zu tun. Denn das fördert auch die DDR.

Von daher muß sich unser Beitrag zur weiteren Entwicklung der DDR als Beitrag zur Förderung der sozialistischen Integration verstehen. Die DDR ist in der sozialistischen Staatengemeinschaft unlösbarer Teil des Ganzen. Ihre Zukunft ist nicht anders denkbar als im Rahmen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, deren Kern die Sowjetunion ist. Sie gibt die feste Garantie für die Stärke und die Geschlossenheit dieser Gemeinschaft. Deshalb gelten unser Bekenntnis und unsere Tat der Freundschaft zur Sowjetunion.

In westlichen Ländern ist heute viel von Futurologie, also von „Zukunftsforschung“, die Rede. Ohne die oft recht unterschiedlichen Konzeptionen und Ergebnisse, die sie hervorbringt, im einzelnen qualifizieren und differenzieren zu wollen, kann man doch feststellen, daß sie alle ein Ziel haben: Das kapitalistische System soll trotz aller seiner Misere und Krisen in die Zukunft hinübergerettet werden. Dazu wird der Bevölkerung suggeriert, diese Misere und Krisen seien im Grunde gar nicht system-immanent, sondern bei einigem gutem Willen der „Sozialpartner“ durchaus überwindbar. Denn die Apologeten des Imperialismus wissen, daß die Menschen

in jenen Ländern Angst vor der Zukunft haben – und das mit Recht.

Fragt man hingegen uns nach der Zukunft, so antworten wir nicht mit futurologischen Spekulationen, sondern mit Dokumenten wie etwa mit dem Komplexprogramm des RGW. Zwar machen wir uns keine Illusionen darüber, daß der Weg in die Zukunft für uns harte Arbeit, ständige Überwindung der mannigfachsten und kompliziertesten Probleme bedeutet und gewiß auch gelegentlich einen Rückschlag bringen kann. Aber unsere Zukunft ist sicher, weil sie sozialistisch ist. Wir sehen darin einen weiteren Ansporn, uns als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens zu engagieren; denn hier geschieht, was dem Menschen dient und was zu seinem Vorteil ist.

Da es andererseits keinen Fortschritt ohne den Kampf gegen das Alte, Überlebte, Widersinnige und – wie uns die Ereignisse in Indochina und in anderen Teilen der Welt zeigen – zutiefst Unmenschliche gibt, das das Wesen des Imperialismus ausmacht, ist unser Eintreten für Sozialismus und Frieden zugleich antiimperialistischer Kampf.

Zusammengefaßt heißt das alles: Das Bekenntnis zur Freundschaft mit der Sowjetunion führt uns als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens zur Tat für die sozialistische Integration. Geleitet von den Maximen christlicher Ethik und Moral, im Blick auf geschichtliche Erfahrungen und gesellschaftliche Entwicklungsgesetze, wissen wir: Der Sozialismus ist die Zukunft und der Friede.

*

Ausgangspunkte, Richtmaß und Ausdruck unseres Handelns sind, wie wir gesehen haben, politisch bestimmt. Das ist auch ganz selbstverständlich, denn wir sind eine politische Partei und denken und handeln politisch.

Wir übersehen dabei aber nicht, daß damit bei Christen und Kirchen, die sich mit unserem Handeln befassen, auch geistliche und theologische Überlegungen ausgelöst werden, daß unser Handeln zur Standortbestimmung der Kirchen in der DDR beiträgt.

Deshalb sei dazu noch einiges ausgeführt, was alle bisher behandelten Bereiche angeht und deshalb keinem von ihnen speziell zugeordnet sein kann.

Die Notwendigkeit, den Standort der Kirchen in der DDR neu zu bestimmen, ist heute kaum mehr umstritten. Die sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR, in ihren Anfängen von manchen konservativen Amtsträgern als eine Übergangserscheinung zur Wiederherstellung der Verhältnisse vor der Zeit des Faschismus betrachtet, hat sich als dauerhaft erwiesen. Immer deutlicher wurde gerade in den letzten Jahren und Monaten, daß die politischen und territorialen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit in Europa auch von denen als völkerrechtlich verbindlich anerkannt werden mußten, die vor noch gar nicht langer Zeit den Sozialismus gern „zurückgerollt“ hätten. Und wer sehen will, der sieht, wie sich das internationale Kräfteverhältnis auch weiterhin ständig und beharrlich zugunsten des Sozialismus verändert.

Hinzu kommt, daß sich in unserem Staat die politisch-moralische Einheit des Volkes, also die gesetzmäßige Übereinstimmung der entscheidenden politischen, ökonomischen, ideellen und moralischen Interessen der Gesellschaft mit denen jedes einzelnen Bürgers, immer greifbarer und damit begreifbarer entwickelte und weiterentwickelt.

Das stärkt natürlich die Aktivität der Bürger zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer mehr. Diejenigen, die zugleich Glieder von Kirchengemeinden sind, beeinflussen von daher mehr oder weniger, je nach persönlichem Engagement und nach dem Grad ihrer Einsicht in gesellschaftliche Vorgänge und Notwendigkeiten, auch das Leben in diesen Gemeinden. Kirchen im Sozialismus richten Zeugnis und Dienst an Menschen aus, die ihre Bürger- und Christenpflicht im Alltag der sozialistischen Gesellschaft tun. Das sollten alle Kirchen und ihre Amtsträger erkennen, anerkennen und berücksichtigen.

Die Besorgnis, dies könnte zu einem Identitätsverlust der Kirchen führen, ist unbegründet. Erstens ist es noch nie in der Geschichte der Christenheit darauf angekommen, daß ein Christ unbedingt anders spricht und handelt als ein Nichtchrist, sondern daß er das Richtige sagt und tut. Daß ihn das oft in das Bündnis mit Nichtchristen geführt hat, war noch nie die Ursache zum Verlust christlicher oder kirchlicher Identität.

Zweitens hat in unserem Staat jeder Christ die Möglichkeit, unter dem „C“ gesellschaftlich zu wirken – unter dem „C“ unserer Partei beispielsweise.

Denn wir sind dem „C“ im Namen unserer Partei von Anfang an treu geblieben – konnten ihm treu bleiben, weil wir die gesellschaftliche Ordnung des Sozialismus mitgestalten und damit die Freiheit fanden, in einer Gesellschaft unseren politischen Auftrag zu erfüllen, die Frieden und soziale Gerechtigkeit nicht nur proklamiert, sondern auch praktiziert, die nicht nur den Willen, sondern auch die Macht dazu hat.

Wir befinden uns damit im Gegensatz zu christlichen Parteien in kapitalistischen Staaten. Unsere Sorge ist es nicht, was die österreichische Zeitung „Die Furche“ kürzlich im Blick auf jene Parteien feststellen mußte: „Das sogenannte ‚Hohe C‘, das betont Christliche, auf das sich die christlich-sozialen Parteien Mitteleuropas und deren Nachfahren anfangs stolz, später immerhin und doch noch, beriefen, schien in den letzten Jahren in immer größere Höhen zu steigen, um letztlich konkreter Greifbarkeit gänzlich zu entswinden.“

Bei uns ist dieser Prozeß gerade umgekehrt verlaufen. In harten Auseinandersetzungen mit rückwärtsgerichteten Kräften haben sich in unserer Partei diejenigen durchgesetzt, denen es darum ging, das „C“ im Blick auf fortschrittliche christliche Traditionslinien und die daraus resultierende gesellschaftliche Verpflichtung des Christen mit dem rechten Inhalt zu erfüllen. So können wir uns heute selbst verstehen als eine Partei, der das „C“ Leitbild und Ansporn zu gesellschaftlicher Aktivität für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde war und bleiben wird. Und wir wissen uns von unseren marxistischen Freunden darin ebenfalls verstanden und respektiert.

Der 13. Parteitag der CDU hat die heute und hier gebotene Orientierung gegeben. Er hat damit nicht nur der Bestandsaufnahme unseres bisherigen Wirkens gedient, sondern weit mehr noch unser künftiges Handeln bestimmt.

Wir haben alle jene überwunden, die unsere Partei in Theorie und Praxis einen speziell „christlichen Sozialismus“ lehren wollten und sie damit in die Irre geführt hätten. Wir haben erfahren, daß es für den Christen, der die Maßstäbe christlicher Ethik und Moral an die geschichtlichen Erfahrungen und gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze anlegt, nur einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft geben kann, den des Mitwirkens und der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, an den Aufgaben, die der Tag uns stellt, als Staatsbürger wie jeder andere auch – mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten.

Jeder Christ in unserem Staate ist eingeladen, uns auf diesem Wege zu begleiten. Dieser Einladung gilt ein beträchtlicher Teil unseres Wirkens.

Der Hauptteil unserer Arbeit aber wird sein und bleiben, als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens das, was wir erlebt, erfahren und politisch als richtig erkannt haben, weiterzugeben an alle christlichen Mitbürger.

II

In unserer Parteitagentschließung haben wir festgestellt: „Die neuen Möglichkeiten, in Europa eine stabile Friedensordnung zu schaffen, sind das Ergebnis der prinzipienfesten und zugleich elastischen Politik der Sowjetunion, der gemeinsam abgestimmten Politik der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft.“

In der Tat ist es kein Zufall, daß Europa die längste Friedensperiode seiner an militärischen Konflikten wahrlich reichen Geschichte gerade jetzt erlebt, in den nunmehr fast drei Jahrzehnten, seit die sozialistische Staatengemeinschaft entstand und sich unter Führung der Sowjetunion immer mehr festigte. Zwei Weltkriege waren von Europa ausgegangen; und jedesmal waren Streitigkeiten zwischen kapitalistischen Mächten die Ursache. Zwar waren nach 1945 die Antikommunisten schnell bei der Hand mit der Behauptung, durch die sozialistische Staatengemeinschaft sei mit Sicherheit der Herd des dritten Weltkrieges geschaffen worden. Aber wie so oft schon haben sich ihre Prophezeiungen nicht erfüllt. Das Gegenteil ist eingetreten. Europa ist auf dem Wege zu einem Kontinent des Friedens.

Betrachtet man die Stationen dieses Weges, dann zeigt sich im Resultat, daß sich durchgesetzt hat, was von den sozialistischen Staaten an Friedenskonzeptionen ausging, und daß gescheitert ist, was die imperialistischen Kräfte dagegensetzten.

● Heute sind die politischen und territorialen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit völkerrechtlich besiegelt. Das lag zunächst keineswegs in der Absicht der imperialistischen Mächte. Die offen verkündeten Pläne der Ural-Stürmer sind uns noch deutlich in Erinnerung. Die amerikanische Zeitung „Christian Science Monitor“ schrieb 1971: Noch

„vor 15 Jahren waren John Foster Dulles und Adenauer bereit, eher den Rand des Krieges zu überschreiten, als Ostdeutschland und die Westgrenze Polens auch nur im geringsten juristisch anzuerkennen“. Doch es ist, wie wir alle wissen, anders gekommen. Die europäischen Grenzen, vor allem die Grenze der DDR zur BRD und die Oder-Neiße-Grenze, sind von den Westmächten völkerrechtlich verbindlich anerkannt.

Das ist nicht von allein gekommen. Auch hier wieder haben die Sowjetunion und die mit ihr eng verbündeten sozialistischen Staaten das ausschlaggebende Verdienst. Nicht nur, daß sie ständig konstruktive Vorschläge zur Regelung dieser Frage machten – der Warschauer Pakt hat auch mehrfach, so 1961 und 1968, keinen Zweifel daran gelassen, daß er willens und in der Lage ist, jegliche imperialistischen Übergriffe auf seine Mitgliedstaaten zuverlässig zu verhindern.

● Heute ist Europa ein Kontinent, auf dem verbrieftter Gewaltverzicht herrscht. Auch das war nicht die Absicht der NATO-Mächte. Als imperialistischer Militärpakt gegen die sozialistischen Staaten war die NATO 1949 gegründet worden. Als „strategisches Tor ins Herz der Sowjetunion“, wie der amerikanische Journalist Walter Lippmann es ausdrückte, wurden 1952 die Türkei und Griechenland in die NATO aufgenommen. Um „auf der Grundlage der Offensivstrategie zu kämpfen“, wie der damalige Chef des Nordatlantikpaktes, General Gruenther, es motivierte, stieß 1955 die BRD zur NATO. Und ihre Armee, so schrieb 1956 die Londoner „Times“, sei so geplant, daß sie „nur in der russischen Steppe ihre volle Wirksamkeit haben wird“, „ausgerüstet für den Vormarsch auf Berlin oder Breslau oder darüber hinaus“.

Die Staaten des Warschauer Vertrages hingegen regten gemeinsam und auch einzeln wiederholt Vereinbarungen über einen europäischen Gewaltverzicht an, so etwa die UdSSR auf der Genfer Konferenz von 1955, die Moskauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages 1958 oder die DDR 1960. Sie erörterten das Thema auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Jahre 1963 und danach immer wieder, bis schließlich mit den entsprechenden Festlegungen im Vierseitigen Abkommen über Westberlin sowie in den Verträgen von Moskau, Warschau und Berlin erste Gewaltverzichtsvereinbarungen getroffen werden konnten.

● Heute ist die DDR ein von der Mehrzahl der Staaten der Welt, darunter von den meisten Großmächten, völkerrechtlich anerkannter Staat. Auch das lag nicht der ursprünglichen Konzeption der Imperialisten zugrunde. Im Gegenteil gab es mannigfache Versuche, der DDR habhaft zu werden; denn deren Territorium wäre ihnen als vorgeschobener Posten in Europa gut zustatten gekommen. Die Abstufungen zwischen den Plänen dazu sind deshalb interessant, weil sie – sozusagen spiegelverkehrt – das ständig zugunsten des Sozialismus wachsende Kräfteverhältnis in Europa wiedergeben.

Zunächst versuchte man, die DDR zu kassieren. Damit war am 13. August 1961 Schluß. Dann versuchte man, sie zu isolieren, sie von den sozialistischen Staaten zu trennen. Noch 1968 gehörte dieser Versuch zur Standardausrüstung der Außenpolitik der USA und der BRD. Er scheiterte an der festen Solidarität der sozialistischen Staatengemeinschaft. blieb die Hoffnung, die DDR blockieren zu können. Nun, die Anerkennungswelle zeigt heute von Tag zu Tag deutlicher, was daraus geworden ist. Die „sterile Politik der Nichtanerkennung (der DDR) hat keinem sichtbare Vorteile gebracht“, resignierte die „Times“ kürzlich.

● Heute befinden sich die europäischen Staaten auf dem Weg zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Auch hierzu las man noch bis in die jüngste Zeit hinein insbesondere in der BRD etwas anderes. Schon 1956 hatte die damalige BRD-Regierung die Sowjetunion wissen lassen, „daß ein europäisches Sicherheitssystem unter Beteiligung zweier deutscher Staaten ein ... zum Scheitern verurteilter Gedanke ist“. Und damit nicht der Irrtum entsteht, diese Haltung habe sich mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte der BRD durch SPD und FDP schlagartig geändert, sei hinzugefügt, daß SPD-Minister Schmidt noch 1971 meinte, man werde in der NATO „nicht initiativ werden, um Vorbereitungen für eine europäische Sicherheitskonferenz voranzutreiben“.

Demgegenüber kann man bis 1954 zurückgehen, wenn man die Vorschläge für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa verfolgt, die von den sozialistischen Staaten ausgearbeitet und in ständig wachsendem Maße von neutralen europäischen Ländern und schließlich auch von NATO-Staaten wie Norwegen, Dänemark und Frankreich unterstützt wurden.

Grenzanerkennung, Gewaltverzicht, DDR-Anerkennung,

europäische Sicherheitskonferenz – durchgesetzt hat sich, wie man sieht, die Friedenskonzeption der sozialistischen Staaten.

Aber zweierlei darf man dabei nicht vergessen.

Erstens: Die Vorschläge haben mehr und mehr auch bei den Kräften des demokratischen Fortschritts in kapitalistischen europäischen Ländern (darunter auch vielen christlichen Persönlichkeiten und Gruppierungen) Unterstützung gefunden, weil sie vernünftig und realistisch sind. Das hat ihre Durchsetzung erleichtert.

Zweitens: Hinter den Vorschlägen steht reale Macht. Schon im Juli 1961 erkannte eine BRD-Zeitschrift: „Die allgemeine Kräfteverschiebung in der Welt zugunsten des Ostblocks und die waffentechnischen Errungenschaften der Sowjets brachten die Politik des ‚roll back‘ zwischen 1955 und 1957 zum Erliegen.“ Und die Brechung des Atomwaffenmonopols der USA durch die UdSSR gehört – auch nach Ansicht westlicher Experten – ebenso zur Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz wie die sowjetischen Weltraumerfolge, angefangen beim ersten Sputnik, und die gesamte militärische Stärkung der mit der UdSSR verbündeten sozialistischen Länder.

Die Friedenskonzeption des Sozialismus hat sich durchgesetzt. Daraus läßt sich noch eine andere wichtige Lehre ziehen. Jedem nämlich, der heute noch skeptisch am Rande unseres gesellschaftlichen Geschehens steht und nicht bereit ist, seine ganze Kraft für die weitere Ausformung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu geben, können wir nicht nur sagen, sondern beweisen: Der Sozialismus rechtfertigt jedes Vertrauen, das ihm entgegengebracht wird.

1917, als mit der Oktoberrevolution eine neue Qualität in die Weltgeschichte trat, als in Deutschland weitsichtige Politiker zur Freundschaft mit der jungen Sowjetmacht rieten, blickte mancher an sich Wohlmeinende nur mitleidig auf jene Arbeiter und Bauern, die sich anschickten, gegen eine Welt von Feinden das Neue zu bauen. Wieviel besser, wieviel schneller wäre das gegangen, wieviel Not und Leid wären beiden Völkern erspart geblieben, hätte damals das Vertrauen die Skepsis besiegt, wäre die Freundschaft mit der Sowjetmacht zur Massenbewegung geworden!

28 Jahre später, 1945, kam mit dem Entstehen der sozialistischen Staatengemeinschaft wiederum eine neue Qualität in die Weltgeschichte. Aber immer noch gab es die Meinung, es reiche aus, diese Gemeinschaft zur Kenntnis zu nehmen; man

müsse sich nicht unbedingt für sie engagieren. Wie viele Anfangsschwierigkeiten wären weniger hart gewesen, wie viele Erfolge hätten früher errungen werden können, wenn alle von Anfang an mitgetan hätten, wenn die Freundschaft zur Sowjetunion von vornherein allen eine Herzenssache gewesen wäre!

Heute, wiederum 28 Jahre später, kann man wiederum von einer neuen Qualität in der Weltgeschichte sprechen, vom immer deutlicheren Durchbruch des Prinzips und der Politik der friedlichen Koexistenz. Sollten nun nicht auch noch die letzten Zweifler an der Sieghaftigkeit des Sozialismus, an der Fruchtbarkeit der Freundschaft zur Sowjetunion bekehrt werden können? Sollte es nicht möglich sein, ihnen beweiskräftig den Einsatz ihrer Kraft für unsere sozialistische Ordnung als das Beste zu empfehlen, was sie für Frieden und Menschlichkeit tun können?

*

Die jedem vernünftigen Menschen sichtbaren Erfolge bei der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Europa verführen uns jedoch nicht zu der Meinung, nun sei alles in Ordnung und auf Jahrzehnte hinaus trefflich geregelt.

Auch künftig wird Europa nicht frei von Spannungen sein. Auch künftig wird es Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten geben. Auch künftig wird ja – und noch auf lange Zeit – damit gerechnet werden müssen, daß ein Teil Europas eben nicht sozialistisch ist.

Deshalb ist es um so wichtiger, auftretende Konflikte mit friedlichen Mitteln regeln und jeglichen Versuchen, die friedliche Koexistenz zu stören, aus völkerrechtlich verbriefteter Situation heraus entgegenzutreten zu können.

Anlaß dazu bietet sich schon jetzt.

Kaum haben sie sich zur Teilnahme an der europäischen Sicherheitskonferenz durchgerungen, versuchen Kräfte der NATO, sie umzufunktionieren. Vor allem ist man bestrebt, den sozialistischen Staaten Zugeständnisse im Bereich der Ideologie abzuhandeln, sie dazu zu bringen, bürgerlichem Gedankengut Tür und Tor zu öffnen, stellt die sowjetische Zeitschrift „Meshdunarodnaja Shisn“ fest. Noch ist der Berliner Vertrag nicht ratifiziert, schon muß die Düsseldorfer „Deutsche Volkszeitung“ bemerken: „Karl Hermann Flach und Herbert

Wegner haben dieser Tage die einfältigen Attacken der Christdemokraten mit dem Argument zurückgewiesen, daß es quasi der höhere Sinn des Grundlagenvertrages mit der DDR sei, in der Perspektive das ‚SED-Regime‘ aus den Angeln zu heben.“ Eine solche Haltung entspricht übrigens der Erklärung des amerikanischen antikommunistischen Politologen Brzezinski, die „neue Ostpolitik“ müsse enden „mit der fortschreitenden Umwandlung der östlichen Regimes in etwas, was der Sozialdemokratie nahekommt.“

Gerade erst haben die Westmächte die sozialpolitischen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit in Europa akzeptiert, schon wollen gewisse Kreise die Grenzen der sozialistischen Staaten, die sie anders nicht überwinden konnten, „durchlässig“ machen. Dazu zählt der Versuch, bei multilateralen Verhandlungen über die europäische Sicherheit die Grenzfrage nicht als eines der gewichtigsten Hauptprobleme, sondern lediglich als einen der Aspekte des Gewaltverzichts zu behandeln. Das aber ist der Versuch, die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin als Völkerrechtsquellen abzuwerten.

Soeben werden in westeuropäischen Staaten die ersten Schlußfolgerungen daraus gezogen, daß man der Politik der friedlichen Koexistenz nicht ausweichen kann, und schon gibt es Versuche, zu differenzieren zwischen Staaten, denen man sie „zubilligt“, und solchen, die man davon ausgenommen wissen möchte, in der Hauptsache die DDR. Zu ihr soll das Verhältnis „offenbleiben“ – offen wofür? Für die Infiltration von Menschen, Meinungen und Ideen, wie der verfloßene Vorsitzende der CDU der BRD, Dr. Barzel, sich das wünschte?

Dabei spielt eine Frage zur Zeit eine exponierte Rolle – die Frage der Nation.

Dazu ist zunächst festzustellen, daß der Versuch illegitim ist, den Begriff der Nation als schlechthin wertneutral zu kennzeichnen. Immer und überall bestimmt die jeweils herrschende Klasse den Charakter der Nation. Und dieser Charakter ist für das Verhältnis der Nationen untereinander maßgebend. In der DDR herrscht die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten. Demzufolge entwickelt sich in der DDR auch ein neuer Typ der Nation, nämlich der der sozialistischen Nation. Die nationale Frage ist in der DDR im Sinne der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gelöst. Daher ist sie mit den

anderen sozialistischen Nationen in fester Freundschaft verbunden. Zu kapitalistischen Nationen wie der BRD steht sie hingegen in Widerspruch, denn dort herrschen die der Arbeiterklasse antagonistisch entgegengesetzten Kräfte – die der Ausbeuterklasse.

Hieraus ergibt sich, daß die in bestimmten Kreisen der BRD vielzitierte „einheitliche deutsche Nation“ eine Fiktion ist, eine Konstruktion, die den objektiven Prozeß der sich in der DDR entwickelnden sozialistischen Nation stören, Bürger der DDR verunsichern und letztlich dazu beitragen soll, den Sozialismus in der DDR irgendwann und irgendwie doch noch zu beseitigen.

Man sieht, die Situation erfordert auch weiterhin erhöhte Wachsamkeit und eng koordinierte Außenpolitik der sozialistischen Staaten.

Die DDR zählt zu den bevorzugten Objekten imperialistischer Unterwanderungsversuche. Sie und alle ihre Bürger haben also allen Anlaß, auf der Hut zu sein. Dazu gehört, die Abgrenzung gegen kapitalistische Politik und Ideologie als objektiven Prozeß zu nutzen und zu fördern. Indem sie dies tut, sichert die DDR, was ihre Bürger geschaffen haben – die materiellen, aber auch die geistigen Werte – und entwickelt diese Werte weiter.

Die Erfahrungen zeigen, daß die DDR im Bündnis mit den sozialistischen Staaten im Prozeß der Abgrenzung nicht nur in der Lage war, sich zu behaupten, sondern daß sie von Jahr zu Jahr stärker als internationaler Faktor in Erscheinung getreten ist. Andererseits sind die Gegner unseres Staates gezwungen worden, taktische Modifikationen vorzunehmen, unhaltbare Positionen aufzugeben und sich ständig umzuorientieren, was ihnen oft nicht geringe Schwierigkeiten und manche empfindliche Schlappe eingetragen hat.

Auf der Grundlage des Abgrenzungsprozesses setzen wir uns zudem erfolgreich mit antikommunistischen Theorien wie der vom dritten Weg, von der Industriegesellschaft oder von der Konvergenz auseinander. Denn indem wir diesen Theorien mit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft den real existierenden Sozialismus gegenüberstellen, verschärft sich der Widerspruch zwischen solchen Theorien und der Praxis ständig.

Im ganzen gesehen, hat der Abgrenzungsprozeß, gepaart mit der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz,

zu mehr Frieden und Sicherheit in Europa geführt. Weil das so ist, ist es logisch, daß Abgrenzung und friedliche Koexistenz zusammengehören und einander bedingen.

An der eingangs dieses Kapitels zitierten Stelle aus der Entschließung unseres 13. Parteitages heißt es weiter: „Die allseitige – auch militärische – Stärkung unseres sozialistischen Staates, die ständige Festigung unseres Bruderbundes mit der Sowjetunion und unsere Verankerung in der sozialistischen Staatengemeinschaft sind daher eine notwendige Voraussetzung zur weiteren Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und somit die Konsequenz unseres Eintretens für eine stabile Friedensordnung.“

Hier kommt zum Ausdruck, wie eng verknüpft und aufeinander bezogen in unserem Staat innenpolitische Erfolge zu seiner Stärkung und außenpolitische Beiträge zu Frieden und Sicherheit sind.

Die weitere Stärkung unseres Staates ist nur möglich mit der weiteren Durchsetzung der Hauptaufgabe. Die dabei bisher erreichten Ergebnisse sind ein guter Ansporn zu neuen Initiativen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wesentlich ist dabei, wie sich erwiesen hat, daß die Erkenntnis Platz gegriffen hat: Was erreicht wurde, setzt sich unmittelbar in besserem Leben für die Bevölkerung um.

Die Existenzbedingungen für Millionen Bürger aller Altersgruppen haben sich mit zunehmender Erfüllung der Hauptaufgabe spürbar gehoben. Um 3,9 Milliarden Mark sind die Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung im vergangenen Jahr gestiegen. In dieser Summe sind die 1,27 Milliarden Mark einbegriffen, die für die bekannten sozialpolitischen Maßnahmen und für Lohnerhöhungen aufgewendet wurden. Die bisher größte Erhöhung der Renten und der Sozialfürsorgeunterstützung ist 3,4 Millionen Bürgern zugute gekommen. Die Versorgung hat sich weiter verbessert. Insgesamt stieg der Einzelhandelsumsatz im vergangenen Jahr um 6,2 Prozent, darunter der von Industriewaren um fast zehn Prozent. Mehr als 300 000 Familien erhielten eine neue Wohnung. Die vorgesehene Anzahl von neugeschaffenen Plätzen in Kindergärten, Kinderkrippen und Unterrichtsräumen wurde überboten.

Diese Erfolge sind gemeinsam erarbeitet worden.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu wissen, daß an der Summe von rund elf Milliarden Mark, um die sich im vergangenen Jahr das Produktionsvolumen gegenüber 1971 erhöhte, auch die mehr als 11 000 neugeschaffenen volkseigenen Betriebe beteiligt sind. 585 000 Werktätige erreichten in diesen Betrieben eine jährliche Warenproduktion von rund 27 Milliarden Mark. Ende November 1972 schon war der Plan der industriellen Warenproduktion mit mehr als 400 Millionen Mark übererfüllt worden. Trotz mancher Anlaufschwierigkeiten erweist sich die Neuschaffung volkseigener Betriebe immer deutlicher als ein wesentlicher und erfolgreicher Beitrag zur Erfüllung der Hauptaufgabe. Die Werktätigen dieser Betriebe haben übrigens durch Angleichung von Prämien-, Kultur- und Sozialfonds in Verbindung mit Lohnerhöhungen rund 165 Millionen Mark zusätzliche Nettogeldeinnahmen gehabt.

Nochmals sei betont, daß bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Fortschritte der DDR die Beachtung der Tatsache wichtig ist, daß dank entsprechender Konzeption der Planaufgaben dem Wachstum der Arbeitsproduktivität, dem gestiegenen Nationaleinkommen und dem Wachstum der Produktivkräfte die besseren Lebensbedingungen unmittelbar folgten. Wir alle haben feststellen können: Es ist wahr, daß die Hauptaufgabe dem Menschen dient. Ihre Erfüllung garantiert das bessere Leben auf allen Gebieten und für alle; und zwar nicht irgendwann einmal, sondern heute und hier.

Auch im Jahre 1973 geht es darum, die weitere Lösung der Hauptaufgabe zu fördern. Der Volkswirtschaftsplan stellt dabei Probleme wie die folgenden in den Mittelpunkt:

Die Struktur der Volkswirtschaft wird so gestaltet, daß noch besser als bisher für die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung gesorgt werden kann. Dazu ist es nötig, die Arbeitsproduktivität höchstmöglich zu steigern. Aus diesem Grunde begrüßen und fördern wir die Initiativen aller Unionsfreunde, die sich in ihren Betrieben an Maßnahmen beteiligen, um ein Prozent mehr als die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Daß 60 Prozent aller Betriebe im Bereich der Industrieministerien dieses Ziel für das erste Quartal 1973 bereits erreicht und überboten haben, ist sowohl Beweis für die Realität einer solchen Zielstellung als auch Ansporn für diejenigen Betriebe, die das noch nicht geschafft haben.

Der Produktion von Konsumgütern wird noch größeres Gewicht als bisher beigemessen. Das geht besonders unsere Freunde an, die in entsprechenden wirtschaftlichen Bereichen Verantwortung tragen. Ihre Initiativen, ihr schöpferischer Elan entscheiden maßgeblich mit, was auf diesem Gebiet erreicht wird.

Unsere Freunde in Wissenschaft und Technik sind von den Planaufgaben gefordert, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse so zu gestalten, daß sie beschleunigt in die Praxis umgesetzt werden können.

Weiter geht es darum, die Vorzüge der sozialistischen Integration noch umfassender als bisher zu nutzen und auf der Grundlage des Komplexprogramms neue Schritte zu gehen. Dazu leistet unsere Partei verantwortungsvolle politisch-ideologische Bildungsarbeit, indem sie Wesen und Charakter der sozialistischen Integration erklärt und hier und da noch verbreiteten falschen Auffassungen über sozialistische Integrationsbeziehungen entgegentritt.

Planerfüllung 1973 – das wird bedeuten, daß sich die Arbeits- und Lebensbedingungen weiter planmäßig verbessern und daß das Einkommen der Werktätigen weiter ansteigt. Die Geldeinnahmen der Bevölkerung werden sich um 5,3 Prozent erhöhen, wobei entsprechend den Grundsätzen des 8. FDGB-Kongresses die Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten vorrangig bedacht werden.

Diesem Wachstum muß natürlich durch erhöhte Warenbereitstellung Rechnung getragen werden. Es ist deshalb vorgesehen, den Warenumsatz etwa in den Relationen des Vorjahres zu erhöhen, dabei aber noch mehr als bisher auf qualitäts- und sortimentsgerechte Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen zu achten, insbesondere die Qualität der Arbeiterversorgung, der Schul- und Kinderspeisung und der gastronomischen Versorgung zu erhöhen. Das ist im ersten Quartal anteilig im wesentlichen erreicht worden.

Durch unsere politisch-ideologische Arbeit unterstützen wir die Teilnahme unserer Unionsfreunde am sozialistischen Wettbewerb. Wir erklären ihnen die sozialistische Rationalisierung als eine vorrangige Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und machen sie mit dem ideologischen Kern anderer volkswirtschaftlicher Erfordernisse vertraut. Wenn die planmäßige Mitwirkung der Neuerer an der Bewältigung betrieblicher Schwerpunktaufgaben der sozialistischen Rationa-

lisierung im Bereich der Industrieministerien gegenüber dem ersten Quartal 1972 im gleichen Zeitraum dieses Jahres einen um 17 Prozent höheren Nutzen brachte, so sind gewiß viele Unionsfreunde an diesem Ergebnis beteiligt.

105 670 Wohnungen sollen durch Neu-, Aus- und Umbau entstehen. Schon in den ersten drei Monaten des Jahres 1973 haben mehr als 70 000 Bürger in 24 007 Neubauten bzw. aus- oder umgebauten Wohnungen bessere Wohnverhältnisse erhalten.

Wichtig für die Planerfüllung sind auch die Ziele, die die territorialen Pläne sich stellen. Alle unsere Ortsgruppen sollten deshalb ständig prüfen, ob ihre Mitarbeit an der Lösung der territorialen Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes auf der Höhe der gegebenen Möglichkeiten ist.

*

Dies sind einige Erfordernisse, die sich uns stellen, wenn wir mit hohen Leistungen im Beruf und in der gesellschaftlichen Arbeit durch die Tat für den Sozialismus dazu beitragen wollen, daß mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer ständigen Stärkung Frieden und Sicherheit in Europa und schließlich in der ganzen Welt mehr Raum gewinnen. Damit werden wir der uns aufgetragenen Verpflichtung entsprechen.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospišil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 52 Vom Glauben zum Bekenntnis (Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR)
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage geistlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 154 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas

- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 186 Gerald Götting: Politisch-ideologische Arbeit – Hauptfeld unseres Wirkens
- 187 Hans-Joachim Beeskow: An der Seite der jungen Arbeiterklasse: stud. theol. et phil. Edmund Monecke – Ein Beitrag zum 125. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49
- 188 Gerhard Fischer: Wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse – höhere Mitverantwortung im Bündnis
- 189 Ulrich Fahl: Der gesellschaftliche Auftrag der CDU und seine Verwirklichung durch die Ortsgruppen und Kreisverbände der Partei
- 190 Prof. Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Gemeinsamkeit in Weg und Ziel – Die politische Bedeutung der sozialistischen ökonomischen Integration

Verkaufspreis 0,50 M – Doppelheft 1,- M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin

III-18-177 Ag 224/70/73